



Foto: dpa

Regierungserklärung

„Mehr Freiheit wagen!“

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer ersten Regierungserklärung die politischen Grundlagen der schwarz-roten Koalition deutlich gemacht.

Zum Auftakt ihrer Rede im Bundestag sprach die Bundeskanzlerin und Vorsitzende der CDU Deutsch-

lands, Angela Merkel, den Angehörigen der im Irak entführten deutschen Staatsangehörigen und ihres irakischen Fahrers ihr Mitgefühl aus. Die Bundesregierung unternehme alles, was in ihrer Macht stehe, um die Deutsche und ihren Fahrer „so schnell wie ▶

INHALT

Dokumentationen
Regierungserklärung
der Bundeskanzlerin
Angela Merkel

Rede in der Aussprache
zur Regierungserklärung
des Vorsitzenden der
CDU/CSU Bundestags-
fraktion Volker Kauder

Innenenteil

► möglich in Sicherheit zu bringen“. Gleichzeitig betonte Merkel aber auch: „Wir lassen uns nicht erpressen.“ Terrorismus richte sich „gegen das, was uns wichtig ist und den Kern unserer Zivilisation ausmacht“, sagte sie unter dem Beifall des Plenums. „Vor dem Leid anderer verschließen wir weder unsere Augen noch unsere Herzen“, sagte sie. Ein Volk sei mehr als eine „lose Ansammlung von Individuen“. Es sei „immer auch eine Schicksalsgemeinschaft“.

Die Bundeskanzlerin machte deutlich, dass der Anspruch der neuen Bundesregierung an sich und an das Land nicht gering sei. „Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass Deutschland in zehn Jahren wieder zu den ersten drei in Europa gehört“, so Angela Merkel. Deutschland sei ein „Land der Ideen“ und dazu gehöre eine „Regierung der Taten“. „Lassen Sie uns mehr Freiheit wagen! Lassen Sie uns die Wachstumsbremsen lösen! Lassen Sie uns uns selbst befreien von Bürokratie und altbackenen Verordnungen.“



Das Plenum des Bundestages bei der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

Foto: Markus Wahrmes

Viele unserer europäischen Nachbarn zeigen uns, was möglich ist. Deutschland kann das, was andere können, auch; davon bin ich zutiefst überzeugt,“ erklärte die Bundeskanzlerin unter dem Applaus des Plenums.

Die Bundeskanzlerin und Vorsitzende der CDU Deutschlands kündigte an, dass die Große Koalition Rahmenbedingungen schaffen wolle, die junge Menschen ermutigen, sich für ein Leben mit Kindern zu entscheiden. Dabei werde der Staat aber nicht lenkend eingreifen oder Lebensentwürfe vorschreiben, denn „Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und

Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen.“

Das gemeinsame Ziel von Union und SPD sei es, „unser Land so zu ertüchtigen, dass sich die Schwachen auch in Zukunft darauf verlassen können, dass sie nicht alleine gelassen werden,“ machte Angela Merkel deutlich. „Das ist unser Verständnis von sozialer Gerechtigkeit.“ In diesem Zusammenhang maß die Bundeskanzlerin dem ehrenamtlichen Engagement besondere Bedeutung bei. „Wenn wir ein Land sein wollen, in dem wir ein Herz für Schwache haben, dann brauchen wir auch ein Herz für Leistung und auch

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33, Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

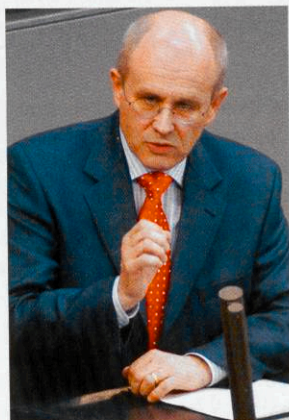
ein Herz für mehr Leistung. Wir müssen hierzu stärker anerkennen, wenn sich Menschen engagieren, wenn sie etwas leisten und wenn sie etwas aufbauen," so Angela Merkel. „Wir können den Schwachen nur dann etwas abgeben, wenn wir mehr Starke haben, die alle anderen mitziehen.“ Besonders das ehrenamtliche Engagement sei ein unersetzbarer Bestandteil dieser Bürgergesellschaft. Wo immer es gehe, müsse dieses gestärkt werden.

Im finanzpolitischen Teil ihrer Rede zeigte sich die Bundeskanzlerin zuversichtlich, dass die Große Koalition einen Kurswechsel in der Haushaltspolitik schaffe. „Wir haben die Weichen dafür sehr gut und entschlossen gestellt. Wir brauchen eine langfristige Konsolidierungsstrategie. ... Wenn wir solide Staatsfinanzen schaffen, dann beenden wir das Leben von der Substanz," erklärte die Bundeskanzlerin. Zu Generationengerechtigkeit gehöre, dass man die Augen nicht davor verschließen dürfe, dass neue Schulden künftigen Generationen die Spielräume rauben würden. „Das hat etwas mit dem moralischen Anspruch unserer Politik, generationengerecht zu sein, und der Ernsthaftigkeit zu

tun," betonte Angela Merkel und kündigte an, dass diese Koalition Rituale überwinden und neue Wege aufzeigen werde. Das Ganze werde nicht in einem großen, sondern in vielen kleinen Schritten erfolgen.

„Fragen wir deshalb nicht zuerst, was nicht geht oder was schon immer so war; fragen wir zuerst, was geht, und suchen wir nach dem, was noch nie so gemacht wurde. ... Stellen wir unter Beweis, dass wir unser Land gemeinsam nach vorn bringen, mit Mut und Menschlichkeit! Denn Deutschland kann mehr und ich bin überzeugt, Deutschland kann es schaffen," beendete Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre erste Regierungserklärung.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder betonte in der Generalaussprache zur Regierungserklärung, dass es in den nächsten Jahren darum gehe, Deutschland als „Zukunftsgemeinschaft“ zu gestalten. Ziel der großen Koalition sei es, Deutschland aus den „Fesseln“ zu befreien, die von Massenarbeitslosigkeit bis zu einem aus den Fugen geratenen Haushalt reichten. Es sei eine große Herausforderung, den jungen Menschen wieder eine Perspektive zu geben. Die Bekämpfung der Mas-



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

senarbeitslosigkeit heiße auf der anderen Seite auch «Vorfahrt für Arbeit», sagte Kauder. Dazu gehörten eine Entlastung des Mittelstandes und Bürokratieabbau, aber eben auch ein flexiblerer Arbeitsmarkt durch eine Lockerung des Kündigungsschutzes.

Der Fraktionsvorsitzende fügte hinzu, trotz aller Gemeinsamkeiten gebe es „nach wie vor Unterschiede zwischen Union und SPD“. Leitbild der Union bleibe das christliche Menschenbild, wo jeder die „Verantwortung für sich“ tragen müsse. Dies solle künftig auch in der Bildung deutlich werden. Zudem müsse die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder gestärkt und der Wert der Familie stärker als bisher herausgehoben werden.

Fraktionsspitze neu gewählt

Pünktlich zur ersten Bundestagsitzung nach der Kanzlerwahl hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Bei den Wahlen zu den acht weiteren Stellvertretern des Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder, die innerhalb der Bundestagsfraktion getrennt nach CDU und CSU stattfanden, erreichte Wolfgang Bosbach mit 99,4 Prozent das beste Ergebnis. Wolfgang Bosbach wird wie in der vergangenen Legislaturperiode zuständig sein für die Bereiche Recht; Innen, Sport; Kunst, Kultur und Medien; Petitionen; Vertriebene und Flüchtlinge. Als Stellvertretender Vorsitzender, zuständig für die Bereiche Wirtschaft, Mittelstand; Finanzen und Haushalt wurde Michael Meister mit 98,8 Prozent ge-



Volker Kauder wurde bereits eine Woche zuvor als Nachfolger von Angela Merkel zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt.

wählt. Arnold Vaatz wurde als Fraktionsvize für den Aufbau Ost; Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Menschenrechte mit 95,8 Prozent bestätigt. Neu in die Riege der Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurden Katherina Reiche, Ilse Falk und Andreas Schockenhoff gewählt. Katherina Reiche übernimmt die Verantwortung für die Be-

reiche Bildung und Forschung; Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Die Brandenburgerin wurde von 82,8 Prozent der CDU-Abgeordneten gewählt. Ilse Falk, die die Themen Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Arbeit und Soziales; Kirchen; Arbeitnehmer betreuen wird, bekam 93,7 Prozent. Andreas Schockenhoff (94,2 Prozent) ist für Außen, Verteidigung, Europa zuständig.

Die CSU-Landesgruppe wählte zwei Vizeposten. Wolfgang Zöllner wurde mit 85,4 Prozent der Stimmen als Stellvertretender Fraktionsvorsitzender bestätigt. Er ist künftig für Gesundheit, sowie Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zuständig. Hans-Peter Friedrich löst Klaus Lipold als Fraktionsvize für die



Wolfgang Bosbach



Michael Meister



Arnold Vaatz

Themen Verkehr, Bau, Stadtentwicklung; Tourismus; Kommunalpolitik ab. Er erhielt 87,8 Prozent.

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer bleibt Norbert Röttgen. Er wurde bereits am 20. September mit 98,3 Prozent im Amt bestätigt. Die CSU-Landesgruppe wählte Hartmut Koschyk als neuen Parlamentarischen Geschäftsführer. Erlöst Peter Ramsauer ab, der als Nachfolger von Wirtschaftsminister Michael Glos neuer Vorsitzender der CSU-Landesgruppe ist.

Weitere Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion sind Manfred Grund, der im Amt bestätigt wurde, sowie Bernhard Kaster und Martina Krogmann.

Zum Justiziar der Fraktion wählte der CDU-Teil Hermann Gröhe. Die CSU-Landesgruppe bestimmte Wolfgang Götzer zu ihrem Justiziar.

VORSITZENDE DER ARBEITSGRUPPEN DER BUNDESTAGSFRAKTION

AG Recht: **Jürgen Gehb**

AG Innen: **Hans-Peter Uhl**

AG Wirtschaft und Technologie: **Laurenz Meyer**

AG Finanzen: **Otto Bernhardt**

AG Haushalt: **Steffen Kampeter**

AG Gesundheit: **Annette Widmann-Mauz**

AG Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Peter Bleser

AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Johannes Singhammer

AG Arbeit und Soziales: **Ralf Brauksiepe**

AG Auswärtiges: **Eckart von Klæden**

AG Verteidigung: **Bernd Siebert**

AG Angelegenheiten der Europäischen Union:

Michael Stübgen

AG Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Aufbau Ost:

Dirk Fischer

AG Bildung und Forschung: **Ilse Aigner**

AG Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Marie-Luise Dött

AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Dr. Christian Ruck

AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe:

Erika Steinbach

AG Sport und Ehrenamt: **Klaus Riegert**

AG Kultur und Medien: **Wolfgang Börnsen**

AG Tourismus: **Klaus Brähmig**

AG Petitionen: **Günter Baumann**



Katherina Reiche



Ilse Falk



Andreas Schockenhoff

Niedersachsen

Generalsekretär Ripke wird Staatssekretär

Der Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, Friedrich-Otto Ripke, wird Staatssekretär im niedersächsischen Agrarministerium.

Das teilte Ministerpräsident Christian Wulff mit. Ripkes Vorgänger, Gert Lindemann, wechselte als Staatssekretär ins Verbraucherschutzministerium nach Berlin zu Minister Horst Seehofer (CSU). Entschieden ist auch über die Nachfolge von Staatssekretär Gerd Hoofe im niedersächsischen Sozialministerium: Seinen Posten übernimmt die 41 Jahre alte Sozialdezernentin des Landkreises Emsland, Christine Hawighorst.

Friedrich-Otto Ripke ist durch Ausbildung und berufliche Tätigkeit der Landwirtschaft eng verbunden. „Es ist uns gelungen, mit Friedrich-Otto Ripke einen ausgewiesenen Agrar- und Verwaltungsexperten gewinnen zu können. Mit Ministerpräsident Christian Wulff bin ich mir einig, dass Ripke hervorragend geeignet ist, die Aufgaben des Staatssekretärs im Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung,



Friedrich-Otto Ripke

Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu übernehmen. Ich freue mich auf diese Zusammenarbeit“, erklärte der niedersächsische Landwirtschaftsminister Ehlen.

Über die Nachfolge Ripkes an der Spitze der Niedersachsen-CDU sei noch nicht entschieden, sagte Wulff. „Wir werden aber schnell zu einer Neubesetzung kommen.“ Der 52-jährige sei gelernter Landwirt, habe Landwirtschaft in Osnabrück studiert und sei für die Position des Staatssekretärs daher bestens geeignet. Die Berufung erfolge auf Wunsch von Minister Hans-Heinrich Ehlen, erklärte Wulff. Ripke werde seinen neuen Posten „kurzfristig“ antreten, sagte Wulff.

Veränderungen gab es auch in der niedersächsischen Landtagsfraktion: Dorothee Prüssner folgt der neuen Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen als Landtagsabgeordnete, Reinhard Hegewald rückt für den neuen beamteten Staatssekretär im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium Friedrich Otto Ripke in den Landtag nach.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende David Mac Allister dankte den aus dem Landtag ausscheidenden Fraktionsmitgliedern Ursula von der Leyen und Friedrich-Otto Ripke für die „ausgezeichnete Zusammenarbeit“ in den letzten zweieinhalb Jahren. David McAllister sagte: „Beide haben maßgeblich zum Erfolg unserer Politik in Niedersachsen beigetragen und das positive Bild in der Öffentlichkeit mit geprägt. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei ihren neuen Aufgaben.“

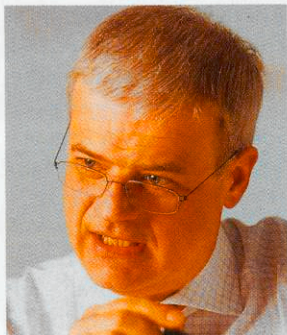
Weitere Infos auf
www.cdu-niedersachsen.de

Rheinland-Pfalz

Bildungspolitik – auch die Familie im Blick haben

Die Frühförderung von Kindern und das Kopftuchverbot für Lehrkräfte an staatlichen Schulen standen im Mittelpunkt eines Treffens des Vorstands der Fraktion im Mainzer Landtag mit den Bischöfen der rheinland-pfälzischen Diözesen in Mainz.

Die Vertreter der Katholischen Kirche begrüßten den positiven Ansatz des neuen CDU-Konzeptes „Fördernde Grundschule“, ohne es abschließend zu bewerten. Positiv sei die flexible Eingangsstufe, mit der eine bessere und individuelle Förderung erreicht werden soll. Einig waren sich beide Seiten darin, dass Bildungspolitik



Christoph Böhr

und Familienpolitik zwei Seiten derselben Medaille seien. An dem Treffen nahmen unter anderen Christoph Böhr, Landes- und Fraktionsvorsitzender in Rheinland-Pfalz, Bischof Anton Schlembach, Speyer, und Bischof Franz Kamphaus, Limburg, teil.

In der Frage des Kopftuchverbotes für Lehrerinnen betonten die Kirchenvertreter, dass Symbole, die gegen die demokratische Ordnung verstoßen, nicht geduldet werden können. Es sei jedoch Sache des Staates zu entscheiden, ob das Kopftuch als religiöses Symbol oder auch als politisches Symbol zu bewerten sei. Die CDU betonte, dass sie das Kopftuch primär

nicht als religiöses Symbol betrachte. Es stehe vielmehr für ein Menschenbild, das im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehe. Der eingebrachte Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion hat zum Ziel, dass das Tragen von äußeren Symbolen oder Kleidungsstücken, die den Eindruck vermitteln können, einer politischen oder weltanschaulichen Haltung zuzuneigen, die mit der Verfassung nicht vereinbar ist, verboten wird. Christliche Symbole, wie das Kreuz oder das Tragen von Ordenskleidung, seien von der Regelung nicht betroffen. Die Bischöfe brachten ihre Sorge zum Ausdruck, dass alle religiösen Symbole gleich behandelt werden könnten, da das Bewusstsein um die christliche Prägung Europas abnehme. Die Gesprächspartner waren sich jedoch darin einig, dass die christlichen Wurzeln der Verfassung das Menschenbild in besonderer Weise geprägt haben und diesem Umstand eine besondere Bedeutung zukomme.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Daniel Günther wird zukünftig neben seiner Tätigkeit

als Landesgeschäftsführer auch das Amt des Pressesprechers übernehmen.



Daniel Günther

Hilfsgüter für Pakistan müssen jetzt schnell ankommen

Die internationale Gebergemeinschaft hat finanzielle Mittel von knapp 6 Mrd. Dollar für die Nothilfe und den Wiederaufbau in Pakistan zugesagt. Deutschland hat eine Summe von etwa 70 Mio. Euro versprochen.

Das ist ein hoffnungsvolles Signal für die Erdbebenopfer in Pakistan! Auf der anderen Seite sind die ersten Opfer des eiskalten Winters zu beklagen, der vor allem die Bewohner der abgelegenen Hochgebirgsregionen heimsucht. Nachbeben und Erdstöße bilden immer

noch eine große Gefahr. Viele Gelder stehen jetzt zur Verfügung. Nun kommt es darauf an, die Zusagen schnellstmöglich direkt an den Mann zu bringen.

Die Nothilfe steht in Pakistan vor großen Problemen: Korruption, politische, ethnische und religiöse Spannungen in der Region – und vor allem eine ganz schwierige Transportlage.

Die Bundesrepublik sollte daher – politisch besonnen und in Absprache mit den Partnern – insbesondere logistische Unterstützung leisten. Nur so können wir die Transportengpässe in den schwer zugänglichen Bergregionen überwinden. Hubschrauber, Fahrzeuge und



Christian Ruck

Benzin müssen in großer Zahl bereit stehen, um in den wenigen Zeitfenstern, die das schlechte Wetter offen lässt, möglichst viele Hilfsgüter an die Not leidende Bevölkerung zu verteilen.

Christian Ruck ist der entwicklungspolitische Fraktionssprecher.

AG „VERTRIEBENE UND FLÜCHTLINGE“ KONSTITUIERT

Auch in der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages hat die Bundestagsfraktion wieder eine „Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten“ eingerichtet.

Damit setzt die Union ihre gute Arbeit und zuverlässige Partnerschaft mit den Gruppen der Heimatvertriebenen, der deutschen Spätaussiedler und deutschen Minderheiten fort.

In der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe

wurde der Abgeordnete Jochen Konrad Fromme in offener Abstimmung einstimmig, bei einer Enthaltung, zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ gewählt.

Ferner hat die Arbeitsgruppe drei stellv. Vorsitzende bestimmt. Hierzu wurden Susanne Jaffke, Klaus Brähmig und Stephan Mayer (Altötting) ebenfalls



J. K. Fromme

in offener Abstimmung einstimmig gewählt.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe dankten im Rahmen der Sitzung dem aus dem Deutschen Bundestag ausgeschiedenen bisherigen Vorsitzenden Erwin Marschewski für seine gute Arbeit in der abgelaufenen 15. Wahlperiode.

Union und SPD stärken die Kommunen im Ausgabenbereich

Die Große Koalition wird die Handlungsfähigkeit der nach dem SGB III verantwortlichen Kommunen stärken, um die Gestaltungsspielräume für Prävention und ambulante Maßnahmen zu erweitern. Das erklärte Ziel ist, den Präventionsgedanken wieder verstärkt zur Geltung zu bringen.

Die Koalitionspartner vereinbaren außerdem, die durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) geänderten Bestimmungen des SGB VIII nach Ablauf des Jahres 2006 zeitnah zu evaluieren und, wo dies nötig ist, erneute Anpassungen vorzunehmen. Konkret geht es um die Vermeidung von Fehlsteuerungen. In diesem Zusammenhang wird die Weiterentwicklung des SGB VIII, insbesondere in den kostenintensiven Regelungsbereichen, einer gründlichen Prüfung unterzogen.

Auch im Rahmen des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) stehen den Kommunen mit jährlich 1,5 Mrd. Euro enorme Kosten ins Haus. CDU/CSU und SPD



Peter Götz

stellen deshalb sicher, dass die Kommunen den Ausbau der Kinderbetreuung tatsächlich bewältigen können. Dies geschieht über die reale Verfügbarkeit der kommunalen Entlastung in Höhe von 2,5 Mrd. Euro im Zusammenhang mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Peter Götz ist der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen

Gewalt gegen Frauen, Misshandlungen und Vergewaltigungen in der Familie, in Kriegen und auf der Flucht sind in vielen Ländern der Erde auch heute noch an der Tagesordnung. Selbst in Deutschland fliehen jährlich rund 45.000 Frauen aus Angst vor ihren gewalt-



Maria Eichhorn

tätigen Männern in Frauenhäusern.

Zwangsverheiratungen sind ein Schicksal, das auch hierzulande viele junge Frauen, vor allem mit Migrationshintergrund trifft. Sie können nicht geduldet werden. Deshalb wird die Zwangsheirat zukünftig als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufgenommen. Zur Bekämpfung und Prävention von Zwangsverheiratungen wird die Große Koalition die Rechtstellung der Betroffenen verbessern sowie Beratungs-, Beratungs- und spezifische Hilfsangebote ausbauen. Ebenso wichtig ist die Aufklärung junger Frauen über ihre Rechte und Pflichten sowie die Stärkung des Selbstbewusstseins.

Eine besonders widerwärtige und auch in Deutschland anzutreffende Form der professionellen, häufig organisierten Kriminalität sind der Frauenhandel und die

Zwangsprostitution. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen werden in Europa jährlich fast 500.000 Frauen und Mädchen verschleppt und zur Prostitution gezwungen, sehr viele davon nach Deutschland. Der Gewinn, den Kriminelle in Europa aus Menschenhandel und Zwangsprostitution ziehen, wird auf 10 Milliarden Euro jährlich geschätzt.

Für die Union war es daher wichtig, dass im Koalitionsvertrag dazu Vereinbarungen getroffen werden. Wir werden die Strafvorschriften gegen die sexuelle Ausbeutung von Menschenhandelsopfern durch Freier auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und gegebenenfalls novellieren sowie weitere Maßnahmen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution ergreifen.

Maria Eichhorn war die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Bundestagsfraktion in der vergangenen Legislaturperiode.

EU-Haftbefehl kommt Forderungen der Union bezüglich Ausländern nach

Der überarbeitete Gesetzentwurf der Bundesjustizministerin zur Umsetzung

des Europäischen Haftbefehls kommt für die Behandlung in Deutschland lebender Ausländer lange vorgetragenen Forderungen der CDU/CSU-Fraktion nach.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht das Gesetz zur Umsetzung des EU-Haftbefehls der alten rot-grünen Regierung für verfassungswidrig erklärt hat, ist das nun erarbeitete Umsetzungs-gesetz diesbezüglich ein großer Fortschritt.

Das alte Gesetz sah im entsprechenden § 80 eine Gleichstellung im Inland wohnhafter Ausländer mit deutschen Staatsbürgern vor. Diese Pläne haben sich aber nach den gesammelten Erfahrungen als nicht Ziel führend gezeigt. Insbesondere die den Oberlandesgerichten obliegende Prüfung, ob die Voraussetzungen für einen rechtmäßigen Aufenthalt dieser Ausländer tatsächlich vorliegen, hätte in der Praxis zu zahlreichen Schwierigkeiten geführt. Unter anderem wäre es durch den damit verbundenen, erheblichen Ermittlungsaufwand ohnehin zur Gefährdung der vorgesehenen Fristen gekommen.

Damit hat die Bundesjustizministerin ein „grünes Überbleibsel“ aus dem Gesetzentwurf entfernt und ist



Jürgen Gehb

berechtigten Forderungen der Union, aber auch der SPD-Fraktion nachgekommen.

Jürgen Gehb ist der rechtspolitische Fraktions-sprecher.

Chancen für die junge Generation eröffnen

Die große Koalition startet mit einem deutlichen Signal in die neue Legislaturperiode. Jährlich sollen die Mittel für Forschung und Entwicklung um etwa eine halbe Mrd. Euro aufwachsen, bis das 3%-Ziel im Jahr 2010 erreicht ist. Dieses Ziel steht für das dritte Standbein unserer Politik: reformieren – konsolidieren – aber eben auch investieren!

Maßstab unserer Politik sind die Chancen, die wir der jungen Generation eröffnen. Unser Ziel ist, dass jeder Jugendliche einen guten Ein-

stieg ins Berufsleben erhält. Deshalb werden wir den Ausbildungspakt mit Wirtschaft und Gewerkschaften erneuern.

Durch die Stufung von Ausbildungsberufen wird die Eintrittsbarriere für bisher Benachteiligte, die eher praktisch als theoretisch begabt sind, gesenkt. Lebenslanges Lernen und Weiterbildung müssen für jeden selbstverständlich werden. Deshalb werden wir durch die Novellierung des Vermögensbildungsgesetzes ein neues Finanzierungsinstrument für das Bildungssparen schaffen. Das ist ein starker Anreiz.

Zur Entwicklung der Hochschulen setzen wir den Exzellenzwettbewerb um. Bereits jetzt gibt es 319 Projektanträge, es herrscht Aufbruchstimmung. Damit mehr private Mittel in Hochschule und Wissenschaft fließen können, werden wir die Rahmenbedingungen für Stiftungen verbessern. Die Koalition steht zum Pakt für Forschung. Er schafft Verlässlichkeit für Spitzenforschung in Deutschland. Das gesamte Bundeskabinett hat sich zur Innovationspolitik verpflichtet. So wird es gelingen, wieder Zukunftsinvestitionen nach Deutschland zu holen.

Ilse Aigner ist die bildungs- und forschungspolitische Fraktionssprecherin.



Ilse Aigner



Ralf Brauksiepe

Arbeitsmarkt wartet auf Reformen

Die Zahl der Arbeitslosen im November ist gegenüber dem Vorjahr um 274.000 auf nunmehr 4,53 Millionen angestiegen. Auch wenn die BA dies allein mit Sondereffekten aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erklärt, ist die Zahl weiter zu hoch, zumal viele Menschen ohne Job, die sich in Arbeitsmarktmaßnahmen oder auch in Ein Euro Jobs befinden, statistisch nicht mitgezählt werden.

Es besteht also weiter ein hoher Druck auf die Verantwortlichen in der Politik, Reformen anzustoßen, die zu einer Verbesserung der Beschäftigungssituation in Deutschland führen. Das wird vor allem dann deutlich, wenn man auf die Zahl der sozialversicherungspflichtigen

Beschäftigten schaut, die ja die Hauptlast der Finanzierung in den sozialen Sicherungssystemen tragen. Diese Zahl ist mit 26,6 Millionen weiter deutlich unter Vorjahresniveau. Insbesondere in Ostdeutschland ist die Abnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit minus 2,7% besonders deutlich. Dies ist die traurige Abschlussbilanz von 7 Jahren Rot-Grün.

Die ersten richtigen Schritte leitet die Bundesregierung nun mit der Verlängerung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für Ältere ein. Auch im nächsten Jahr besteht eine der wichtigsten Aufgaben darin, die Beschäftigung Älterer zu verbessern und das Ausbluten der Betriebe bei Know-how und Erfahrung zu stoppen.

Ralf Brauksiepe ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der Bundestagsfraktion.

„KLEINE GESCHENKE FÜR GUTE FREUNDE“



Klassik-CD

„Harmonie in Sinfonie“

Bestell-Nummer: **9116**

Preis je **Stück: 4,00 €**

inkl. MwSt.: 4,64 €



Mini-Scanradio

mit großem Lautsprecher-Regler, Kontrollleuchte, rückseitigem Clip und separaten Kopfhörern

Bestell-Nummer: **9829**

Preis je **1 Stück: 4,00 €**

inkl. MwSt.: 4,64 €



CDU-Memoclip

mit Lasergravur

Bestell-Nummer: **9747**

Preis je **5 Stück: 7,90 €**

inkl. MwSt.: 9,16 €



Blumendose „Projekt Wachstum“

Züchten Sie sich Ihre Blume selbst – direkt aus der Dose. (Pflegeanleitung liegt bei)

Bestell-Nummer: **9118a**

Preis je **Stück: 1,80 €**

inkl. MwSt.: 2,09 €.

ADVENTSZEIT

Advents-/Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nummer: **2867**
 Preis je **25 Stück: 8,00 €**
 inkl. MwSt.: 9,28 €



Weihnachts-CD

Bestell-Nummer: **9300**
 Preis je **Stück: 2,00 €**
 inkl. MwSt.: 2,32 €



CDU-Geschenkbund

10 mm x 25 m

Bestell-Nummer: **0306**
 Preis je **Rolle: 4,00 €**
 inkl. MwSt.: 4,64 €



Siegelmarke „CDU“

ovale Silberfolie 34 x 25 mm, Rolle à 100 Stück

Bestell-Nummer: **0307**
 Preis je **Rolle: 3,80 €**
 inkl. MwSt.: 4,41 €



Bestellschein > **CDU-Sekt**

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Bereich Produktion und Distribution
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift	Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name	CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner	Ansprechpartner
Straße, Nr.	Straße, Nr.
PLZ, Ort	PLZ, Ort
Telefon	Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

PRODUKTAUSWAHL		Gesamtkosten		gewünschte Mengen	bestellter Gesamtbetrag in Euro
CDU-FLASCHENPREIS: 5,60 € zzgl. MwSt.					
CDU-PRÄSENTKARTONPREIS: 1,70 € zzgl. MwSt.					
Sektflaschen ohne CDU-Präsentkartons (Flaschenlieferung erfolgt ohne Präsentkartons.)					
Kartonverpackung / Flaschengesamtpreis	Versandkosten ohne Präsentkarton	zzgl. MwSt.	inkl. MwSt.		
6er Karton / 33,60 € (6 Flaschen x 5,60 €)	7,50 €	41,10 €	47,68 €	Karton	€
12er Karton / 67,20 € (12 Flaschen x 5,60 €)	11,50 €	78,70 €	91,29 €	Karton	€
18er Karton / 100,80 € (18 Flaschen x 5,60 €)	15,50 €	116,30 €	134,91 €	Karton	€
30-60 Flaschen / ..? Flaschen x 5,60 €	pauschal 25,00 €	Flaschenmenge:	☺	Stück	€
Sektflaschen mit CDU-Präsentkartons (Jede Flasche ist zusätzlich einzeln im Präsentkarton.)					
Kartonverpackung / Flaschengesamtpreis	Versandkosten mit Präsentkartons	zzgl. MwSt.	inkl. MwSt.		
6er Karton / 33,60 € (6 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 6 Präsentkartons) 16,70 €	50,30 €	58,35 €	Karton	€
12er Karton / 67,20 € (12 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 12 Präsentkartons) 29,90 €	97,10 €	112,64 €	Karton	€
18er Karton / 100,80 € (18 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 18 Präsentkartons) 43,10 €	143,90 €	166,92 €	Karton	€
30-60 Flaschen / ..? Flaschen x 5,60 €	pauschal 25,00 €	Flaschenmenge:	☺	Stück	€
	* Präsentkartons x 2,00 € *	* Präsentkartonmenge:	☺	Stück	€

- Größere Mengen - über 60 Flaschen - Transportkosten auf Anfrage.
- Lieferung erfolgt per Paketdienst. Ab 30 Flaschen mit Spedition. Versand innerhalb von 5 Werktagen.
- Bei einer Bestellmenge ab 30 Flaschen werden die Präsentkartons nur im gefalteten Zustand der Lieferung beigelegt. Auf Wunsch erhalten Sie die Sektflaschen direkt in Präsentkartons - zzgl. Konfektionierungskosten je Fl.: 0,15 € und MwSt.
- Präsentkartons können auch separat - ohne Sektflaschen - bestellt werden. (1,70 € je Stück zzgl. Versand und MwSt.)

.....
Datum

.....
Unterschrift

Chardonnay Brut

Die königliche weiße Chardonnaytraube verleiht diesem Sekt seinen duftigen, fruchtigen Charakter. Dieser Sekt ist sehr bekömmlich und besitzt wenig Säure. Ausgewählte Weine gewährleisten die außergewöhnliche Qualität.



Sehr geehrte Damen und Herren,

ein heißer Wahlkampf liegt hinter uns. Nur mit Ihrem Engagement und der tatkräftigen Unterstützung vieler freiwilliger Helfer konnte dieser Wahlkampf gemeistert werden. Vielleicht möchten auch Sie jetzt einigen Menschen für ihren tollen Einsatz danken. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle bietet dazu allen CDU-Verbänden und Mitgliedern ein besonderes „Dankeschön-Präsent“ zum Kauf an. Wir produzieren speziell für Sie einen CDU-Sekt. Rebsorte Chardonnay, Geschmacksrichtung Brut.

Unser CDU-Sekt im Geschenkkarton ist ein sehr hochwertiges Präsent.

Das besondere Dankeschön eignet sich für viele Anlässe: Für Mitgliedererhungen, als Dank für Wahlkampfhelfer und -unterstützer oder einfach für gute Freunde und Partner der Partei.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Verschenken.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre CDU-Bundesgeschäftsstelle

CDU

CDU

Versektet und hergestellt in Deutschland – exklusiv für die CDU Deutschlands.

Die neuen Wandzeitungen

An die Arbeit.
Gemeinsam für Deutschland.



Gesegnete Weihnachten
und ein frohes neues Jahr.



Das sind die aktuellen Wandzeitungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Alle Jahresabonnenten erhalten in den nächsten Tagen beide Wandzeitungsmotive.